

Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) der KZV Berlin für das Jahr 2007

Mitglieder des RPA:

Dr. Dohmeier-de Haan
Dr. Gerstenberger
Dr. Jakobczyk
Dr. Klutke
Dr. Palloks

Gliederung des RPA Berichts

Prüfungsauftrag
Prüfungszeitraum und Prüfungsunterlagen
Themenbereiche

Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag betraf die Geschäftstätigkeit der KZV Berlin im Jahr 2007.

Prüfungszeitraum und Prüfungsunterlagen

Die Prüfung begann im Mai 2009 mit den RPA Mitgliedern Dr. Dohmeier-de Haan, Dr. Klutke und Dr. Palloks, ab Juli 2009 nahmen an den Sitzungen zusätzlich die neu gewählten Mitglieder Dr. Jakobczyk und Dr. Gerstenberger teil. Es erfolgten insgesamt 25 Sitzungen. Insbesondere aufgrund der Urlaubszeiten zum Teil in erheblich reduzierter Teilnehmerzahl. Dabei wurden anhand der buchhalterischen Unterlagen (Kontoführung des Hauptkontos, Unterlagen über die durchgeführten Baumaßnahmen) Teilbereiche der Geschäftstätigkeit betrachtet. Es wurden Fragen formuliert, die im Laufe der Prüfung durch die Geschäftsführung (Frau Pache, Vorstand der KZV Berlin) schriftlich oder mündlich beantwortet wurden. Teilweise blieben gestellte Fragen unbeantwortet. Die Mitglieder des RPA weisen darauf hin, dass die Vorlage von Originalbelegen der Reisekosten und Sitzungsgelder vom Vorstand der KZV Berlin verweigert wurde. Es wurden nur die Kopien der Originalbelege zur Verfügung gestellt. Die Einsicht in die Vorstandsprotokolle wurde dem RPA verweigert.

Themen, die in der Vergangenheit der Rechnungsprüfung in der VV thematisiert wurden, werden in diesem Bericht nur noch eingeschränkt behandelt.
Um detaillierten Einblick in eine Vielzahl der Fragestellungen nehmen zu können, verweist der RPA die Mitglieder der VV auf die dem Bericht beigelegten Anlagen.

Themenbereiche

Folgende Themenbereiche werden in diesem Bericht schwerpunktmäßig betrachtet:

Haushalterische Fragen

- Anwendung der Sitzungs- und Reisekostenordnung im Jahr 2007 am Beispiel der Berechnung „Leo-Schütze-Kreis“
- Teilnahme an den Sitzungen von Gremien der Apo - Bank, Kostenerstattung durch die KZV Berlin
- Abrechnung Vodafone Kunde Dr. Pochhammer Bundesallee
- Bewirtungsbelege
- Nutzung eines Privatfahrzeuges
- Finanzierung Rahmenprogramm der VV der KZBV 27.11.2007
- WSR Verrechnungskonto
- Degressionsberechnung
- Fortbildung
- Presseausweise

Fragen zum Bereich der Honorare

- Auszahlung der Position 03 an Dr. Jörg Meyer Nachtdienst Friedrichshain (Einzahlung / Rückzahlung)

Fragen an den Hauptausschuss

Fragen, die in der Sitzung des RPA am 2.11.2009 geklärt werden konnten

Haushalterische Fragen

Anwendung der Sitzungs- und Reisekostenordnung im Jahr 2007 am Beispiel der Berechnung „Leo – Schütze - Kreis“

Frage des RPA:

Warum berechnen einige Teilnehmer des Leo-Schütze-Kreises durchgehend mehr Zeit an Sitzungszeit als die eigentliche Veranstaltung dauert? (Beispiel: regelmäßige Berechnung von 307 €, d.h. über drei Stunden) während andere Teilnehmer regelmäßig unter drei Stunden berechnen?

Antwort des Vorstandes:

Teilnehmer waren Herr Dr. Husemann und Herr Dr. Meyer. Die Auszahlung der Sitzungsgelder war entsprechend der damaligen Entschädigungsordnung nicht gleich, da die Fahrzeiten unterschiedlich waren und Herr Dr. Husemann nach seinem Dienstvertrag erst Sitzungsgeid nach 20:00 Uhr beanspruchen konnte.

Verfahrensregelung nach Sitzungsgeldordnung bis ca. Mitte 2007 gültig:

Beschluss des Vorstandes vom 31.08.2005:

Der Vorstand möge beschließen:

TOP 2 b)

in der Regel wurden für die Ehrenamtsträger Fahrten von der Wohnung zur KZV und zurück mit jeweils 1/2 Stunde Zeitaufwand seit jeher bei der Höhe des zu zahlenden Sitzungsgeldes berücksichtigt.

Die Prüfer unserer Aufsichtsbehörde haben bei der Teilprüfung bereits beanstandet, dass es zu dieser Regelung keinen nachweisbaren Beschluss gibt.

Selbst wenn wir noch einen Beschluss vorweisen könnten, verstößt diese Regelung der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung, da die Sitzungsgeldregelung jeweils eine Spanne von bis zu ... Stunden enthält.

Der Vorstand möge beschließen:

Beschluss 5

Grundsätzlich sind die Zeiten für die Hinfahrt zu KZV oder auch andere Einsatzorte innerhalb Berlins und die Rückfahrt nach Hause bei der Bemessung für die Höhe des zu zahlenden Sitzungsgeldes nicht einzubeziehen.

31. August 2005 Pache

Regelung nach neuer Sitzungsgeldordnung gültig ab ca. Mitte 2007:

(...)

§9 Abs. 4.1

Innerhalb Berlins sind keine Fahrzeiten sowie Kosten für die Hin- und Rückfahrt zum bzw. vom Sitzungsort abrechenbar. Aufwand und Kosten hierfür sind mit dem Sitzungsgeld abgegolten. Dies gilt nicht für Dienstfahrten.

Teilnahme an den Sitzungen von Gremien der Apo - Bank, Kostenerstattung bzw. Aufstockung der Sitzungsentschädigung für teilnehmende Mitglieder von Ehrenämtern durch die KZV

Frage des RPA:

Auf welcher Basis wird die Abrechnung der Apo-Beiratssitzungen vorgenommen?

In welchen Fällen besteht eine Ausgleichspflicht seitens der KZV Berlin bei Veranstaltungen im Umfeld der Apo - Veranstaltungen?

Antwort des Vorstandes:

Sitzungsgeld wurde nach der geltenden Entschädigungsregelung der KZV Berlin gezahlt. Das von der Apo-Bank gezahlte Ausfallgeld wurde mit dem auszahlenden Sitzungsgeld verrechnet.

Nach einem dem RPA vorliegenden Dienstvertrag ist die Zahlung des Sitzungsgeldes für Vorstandsmitglieder im § 4 Abs. 5, mit folgendem Wortlaut geregelt:

„Zusätzlich erhält das Vorstandsmitglied Sitzungsgelder nach der jeweils geltenden Sitzungsgeldordnung der KZV Berlin für die Teilnahme an Fremdveranstaltungen (Sitzungen, Veranstaltungen) im Auftrag der KZV Berlin in Wahrnehmung seines Vorstandsamtes ab 20⁰⁰ Uhr und an Samstagen und Feiertagen ab 0.00 Uhr, sofern die Tätigkeit nicht anderweitig vergütet werden (z.B. durch die KZBV).“

In einem Schreiben der Apobank vom 07.05.2008 auf eine Anfrage eines Kollegen heißt es dazu:

Sehr geehrter Herr ...
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. April 2008 an den Sprecher unseres Vorstandes, Herrn [REDACTED]. Da sich Herr [REDACTED] zur Zeit im Urlaub befindet, kann er Ihr Schreiben erst anschließend lesen. Wir möchten Sie aber nicht so lange auf eine Antwort warten lassen. Daher erlauben wir uns, Ihnen heute auf Ihre Fragen zur Wahl der Vertreterversammlung zu antworten.
Die Wahl zur Vertreterversammlung ist in der Satzung der Bank geregelt. Diese enthält neben dem eigentlichen Satzungstext - insbesondere §§ 26 ff,- im Anhang zusätzlich die Wahlordnung.
Eine unabdingbare Voraussetzung bei der Auswahl der zu wählenden Personen ist, dass diese Mitglied der Genossenschaft der apoBank sein müssen (§ 26b {1}). Weiter ist in der Wahlordnung vorgegeben, dass die berufsständische und regionale Struktur der Mitglieder zu beachten ist. Dies hat der Wahlausschuss in seiner Sitzung am 28.11.2007 konsequent umgesetzt, in dem er die Verteilung der Mitgliederzahlen der Bank auf die einzelnen Bundesländer und die Heilberufsgruppen beachtet hat.
Die Satzung gibt in § 26 b (2) auch die durch das Genossenschaftsgesetz vorgegebenen Kriterien wieder, die eine Wahl einzelner Kandidaten ausschließen. Danach darf das Mitglied die Mitgliedschaft nicht gekündigt haben und nicht aus der Genossenschaft ausgeschlossen worden sein. Gemäß § 3 (5) der Wahlordnung können nur unbeschränkt geschäftsfähige natürliche Personen gewählt werden. Alle Kandidaten werden als Privatperson auf der Liste des Wahlausschusses aufgeführt.
Alle zur Wahl aufgestellten Vertreter und Ersatzvertreter erfüllen die aufgezeigten Kriterien. Somit steht es unserem Haus nicht an, diese Personen aus Gründen, die außerhalb ihrer Aufgaben in unserem Haus liegen, aus der Vertreterversammlung auszuschließen oder nicht wieder zur Wahl aufzustoßen.
Wir hoffen, dass für Sie die Voraussetzungen, die der Wahlausschuss an Personen stellt, die von ihm auf die Wahlliste gesetzt werden, deutlicher geworden ist. Wir fügen unserem Schreiben eine aktuelle Ausfertigung unserer Satzung bei, damit Sie die ausgeführten Vorgaben auch noch einmal persönlich nachlesen können.
Mit freundlicher Grüßen
[REDACTED]
Deutsche Apotheker- und Ärztebank Kommunikation und Gremien

Die von der Apobank gezahlte Entschädigung für die Teilnahme und Flug (Economy) wird nicht an die KZV überwiesen. Die Überweisung erfolgt auf die Privatkonten der Mitglieder der Vertreterversammlung der Apobank.

Die von der KZV vorgenommene Aufstockung beinhaltet zusätzlich eine Vergütung für die Differenz des Flugpreises (Business)

Abrechnung Vodafone Dr. Pochhammer

Frage des RPA:

Abrechnung Vodafone. Kund Dr Pochhammer Bundesallee/ Zahlung über KZV
Berlin. Beschluss?

Antwort des Vorstandes:

Auf Anraten des RPA sollten keine Telefonpauschalen mehr gezahlt werden, sondern die tatsächlich entstandenen Kosten erstattet werden.

Diese Empfehlung des RPA erfolgte am 03.12.2007.

Nach § 6 der Dienstverträge erfolgt für Auslagen im Rahmen der Tätigkeit als Vorstandsmitglied (z. B. für die Kosten der Telekommunikation) eine Erstattung in Höhe der entstandenen Kosten.

Durch Vorstandsbeschluss vom 24. Mai 2005 hat der Vorstand sich eine Telefonpauschale von € 150,00 pro Person und Monat, bzw. von € 75,00 netto für Herrn Herzog rückwirkend ab dem 01. Januar 2005 bewilligt.

Dieses Vorgehen ist weder durch die Dienstverträge noch durch einen Beschluss der Vertreterversammlung gedeckt.

Zusätzlich zu der bereits gewährten Telefonpauschale wird in diesem Fall dem Kollegen Pochhammer seit Januar 07 aufgrund einer an seine private Adresse gerichteten Rechnung der Firma Vodafone ein Betrag von monatlich € 20.- ausgezahlt.

Bewirtsungsbelege

Frage des RPA:

Bewirtungskostenabrechnung: Welche Gründe gab es für die KZV Berlin, die Verköstigungsabrechnungen pauschal zu gestalten?
Besteht nicht die Gefahr, einer intransparenten Darstellung?

Antwort des Vorstandes:

Nein!

Bis zum Jahr 2006 war es Usus die Bewirtsungsrechnungen in üblich detaillierter Form einzureichen.

Nutzung eines Privatfahrzeuges

Anregung des RPA:

Nutzung Auto des Herrn [REDACTED] (Versicherung): Hinweis: Aufgrund versicherungsrechtlicher Risiken wird angeregt, auf die Nutzung des Autos von Herrn [REDACTED] zu verzichten.

Dazu wurde den Ausschussmitgliedern seitens der KZV folgende Erklärung übermittelt:

Die KZV Berlin besitzt nur ein Fahrzeug. In Abständen wird Herrn [REDACTED] gestattet eine Tankfüllung für sein Fahrzeug abzurechnen, da er das Öfteren sein Fahrzeug für Dienstfahrten (Einkäufe und Fahrten zu den Krankenkassen) zur Verfügung stellt, wenn das KZV-Fahrzeug für parallele Fahrten benötigt wird oder gerade eine Reparatur oder Inspektion durchgeführt wird.

Zu Abrechnungszeiten überwacht Herr [REDACTED] an Wochenenden und Feiertagen den Einwurftresor und fährt mit seinem Fahrzeug zur KZV. Versicherungsrechtliche Risiken werden seitens der KZV nicht gesehen. Unfälle bei Dienstfahrten sind über die gesetzliche Unfallversicherung abgesichert. Die Erstattung von Benzinaufwendungen sind analog einer Kilometergelderstattung zu sehen. Mit der Abgeltung geht das Risiko eines materiellen Schadens auf den Fahrzeughalter über.

Finanzierung Rahmenprogramm der VV der KZBV 27.11.2007

Frage des RPA:

Finanzierung Rahmenprogramm Vertreterversammlung KZBV 27.11.2007. € 500.- KZV Berlin für „geselligen Abend“. Wer hat das wann und auf welcher Grundlage beschlossen ?

Antwort des Vorstandes:

Steht doch auf dem Kontierungsbeleg, dass in der Beiratssitzung am 01.10.2007 die Umlage beschlossen wurde, Die Kostenbeteiligung in Höhe von € 10.000,00 wurde auf 60 Mitglieder der VV umgelegt. Die KZV Berlin musste für drei Mitglieder bezahlen.

WSR Verrechnungskonto

Frage des RPA:

Was geschieht mit dem Konto „WSR“?

Antwort des Vorstandes:

Konto ist aufgelöst. Restsaldo wurde dem Honorarverteilungskonto 5999 zugeführt.

Hier handelte es sich um den Betrag von mehr als € 600.000

Degressionsberechnungen:

Frage des RPA:

Warum erfolgte für die Jahre 2000 und 2001 gegenüber einigen Krankenkassen eine rückwirkende Degressionsberechnung, obwohl eigentlich eine Verjährung der Ansprüche vorlag? Wie könnte diese Verjährung vermieden werden und warum war diese in dem bekannten Fall (siehe alte RPA-Unterlagen) nicht möglich?

Antwort des Vorstandes:

Es kommt auf die Entscheidung der Kasse an, ob auf die eingetretene Verjährung bestanden wird oder nicht. Die Rückzahlungen in 2007 betrafen die Jahre 2001 und 2002. Wie auch in dem bekannten Fall, hat die AOK die Rückzahlungen wegen Verjährung abgelehnt.

Anregung des RPA:

Dieser aus diesem Verwaltungshandeln entstandene Schaden sollte der für den Vorstand abgeschlossenen D&O Versicherung gemeldet werden.

Fortbildung

Mit den zu den Einnahmen und Ausgaben für die Fortbildung erbetenen Auskünften war es dem RPA nicht möglich, die im Prüfbericht der KZBV aufgeführten Angaben nachzuvollziehen. Sollte es zutreffen, dass im Rahmen der KZV-Fortbildung Überschüsse

erwirtschaftet werden konnten, regt der RPA an, die KZV – Fortbildungen dem Philipp-Pfaff Fortbildungsinstitut zu übertragen.

Presseausweise

Feststellung des RPA:

Berechtigung auch in 2007 nicht gegeben!

Antwort des Vorstandes:

Keine Erläuterungen mehr.

Stellungnahme des RPA:

Wie schon im Jahr im 2006 hat sich das Vorstandsmitglied Dr. Husemann von der Gewerkschaft verdi einen Journalistenausweis zu Lasten der KZV ausstellen lassen. Bedingung für das Ausstellen eines solchen Ausweises ist die hauptberufliche journalistische Tätigkeit. Dies lässt sich nicht mit der dem Vorstandsvorsitzenden nach seinem Dienstvertrag obliegenden hauptberuflichen Tätigkeit für die KZV Berlin vereinbaren.

Auch der Pressesprecher der KZV Berlin Herr Dr. Meyer hat sich auf Kosten der Kollegenschaft unter Vortäuschung falscher Voraussetzungen einen Presseausweis erstellen lassen.

Fragen zum Bereich der Honorare

Frage des RPA:

Warum erfolgte durch den ZA-Notfalldienst Friedrichshain am 29.12.2006 eine Rückzahlung an die KZV Berlin in Höhe von 75.445,00 €, die dann auf Veranlassung von Frau Pache am 13.02.07 rückerstattet wurde. Es erfolgte keine Unterzeichnung als sachlich richtig, Herr Herzog hat gegengezeichnet, Frau Pache angewiesen.

Antwort des Vorstandes:

Entsprechend des Urteils des Sozialgerichts vom Sommer 2006 wurden für die Quartale III/02 - I/04 die Nachtzuschläge ohne Berücksichtigung der Quotierung an die KZV überwiesen.

In Bezug auf das Urteil des LSG ins Sachen „03 und andere Leistungsziffern sind nicht ermächtigungsfähig" wurde die KZV gebeten, den Betrag in Höhe von € 75.445,00 nach nochmaliger sachlich-rechnerischer Überprüfung zurückzuüberweisen.

Dem RPA liegt das Urteil des Landessozialgericht Berlin-Brandenburg - verkündet am 10.01.2007; ausgefertigt am 05.02.2007 – vor.

Das dem RPA vorliegende Urteil sowie die Datenangaben der einzelnen Zulassung- und Berufungssprüche führen zu weiteren Fragen. Die Sprüche des Zulassungsausschusses erfolgten am 19.06.2002 und am 11.02.2004 der Sprüche des Berufungsausschusses erfolgten für die Quartale II/02 bis II/04 am 28.08.2002 und für die Quartale III/04 bis II/06 am 5.04.2006. Die Sprüche erfolgten jeweils mit dem gleichen Ergebnis, daß die Abrechnung der Pos. 03 nachts nicht abrechnungsfähig sei.

Hiergegen wurde Klage geführt, welche am 25.01.2006 vom Sozialgericht (Zugestellt am 17.07.2006) und 10.01.2007 vom Landessozialgericht (ausgefertigt am 05.02.2007) abgewiesen wurde.

Zitat 1 (aus dem LSG Urteil, ausgefertigt am 05.02.2007): „Die nach den vorstehenden Ausführungen zulässige Klage ist unbegründet. Denn der Beschluß des Beklagten vom 28.08.2002 ist rechtmäßig, weil dem Kläger ein Anspruch auf Erteilung der begehrten Ermächtigung für die Nummer 03 EBM-Z nicht zugestanden hat.“

Zitat 2 (aus o. g. genanntem Urteil): „Derartige Fragen sind alleine von den für die Honorierung der Leistungen zuständigen Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zu klären und haben mangels inhaltlicher Überschneidungen mit der Befugnis zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung nichts zu tun.“

Im RPA wird dieses Urteil differenzierter diskutiert.

Das LSG Urteil stellt fest, dass die Abrechnung der Pos. 03 im Rahmen der bestehenden Ermächtigung nicht zulässig gewesen sei und der Spruch des Zulassung- und Berufungsausschusses rechtens war. Das Gericht hat festgestellt, dass der Weg, um dieses Problem zu klären, falsch gewählt wurde. Die Gremien der KZV selbst hätten hier Regelungen treffen müssen. Ungeachtet dessen ist laut ausdrücklicher Feststellung im Urteil des LSG aber die Abrechnung der Pos. 03 laut Urteil für einen Nachtdienst mit veröffentlichten Nachtsprechzeiten nicht möglich.

Der RPA ist der Meinung, dass eine Rückzahlung nicht hätte erfolgen dürfen. Die Rechtsgrundlage ist hierfür nicht gegeben. Schließlich ist im Rahmen eines Vorstandsbeschlusses (vom 19.09.2006) die weitere Auszahlung der Pos. 03 ab II/2006 bzw. III/2006 nicht mehr durch die KZV Berlin durchgeführt worden (siehe Anlage). Auch hätte eine Rückzahlung bereits nach dem Spruch des Berufungsausschusses erfolgen müssen.

Der RPA hat die Vorsitzenden der Vertreterversammlung gebeten, Sachverhalt und Urteil von einer Kanzlei bewerten zu lassen. Die Bewertung der beauftragen Kanzlei liegt diesem Rechnungsprüfbericht als Anlage bei.

In diesem Zusammenhang verweist der RPA auf folgende Unterlagen im Anhang, aus denen nach Auffassung des RPA hervorgeht, dass eine Auszahlung der 03 nicht hätte erfolgen dürfen:

- LSG-Urteil vom 10.01.2007
- Stellungnahme des Rechtsanwaltes T [REDACTED]
- Prüfbericht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz vom 28.07.2008

Fragen an den Hauptausschuss

Antrag an den Hauptausschuss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) bittet den Hauptausschuss gemäß § 4 der Rechnungsprüfungsordnung um Vermittlung der Einsichtnahme in den Kontenverlauf der im Prüfbericht der KZBV auf S. 34 unter Punkt 10.23 aufgeführten Konten mit den Buchstaben „b“, „c“, „e“ und „i“. Darüber hinaus ist zur Prüfung der Hintergründe die diesbezügliche Einsichtnahme in die Vorstandsprotokolle unter Wahrung des Datenschutzes erforderlich.

Begründung:

Der RPA entnimmt folgende Informationen aus dem Prüfbericht:

Im Prüfbericht der KZBV wird bemerkt, dass die oben genannten Konten nicht Prüfgegenstand waren.

Zitat (S.47, Prüfbericht, unten): „Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der einzelnen Quartals-Abrechnungen, die Berechnung der Kürzungen durch Degression und Budget sowie die Abwicklung des Honorarverteilungsmaßstabes sind nicht Gegenstand dieser Prüfung.“

Zitat: (S. 19, Prüfbericht, letzter Absatz): „Die ordnungsgemäße Verteilung der Gesamtvergütung, die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Honorarbescheide unter Anwendung des Honorarverteilungsmaßstabes sowie der Budget- und Degressionsberechnungen sind nicht Gegenstand dieser Prüfung.“

Daher ist der RPA der Ansicht, dass es zu den originären Aufgaben seiner Tätigkeit gehört, diesen Bereich zu prüfen, der andernfalls einer anderen Prüftätigkeit nicht unterliegt.

Weitere Hinweise entnehmen sich aus dem Prüfbericht:

„b Honorarausgleichsfond“:

Quelle 1, S.34 unten unter „b-Honorarausgleichsfond“, 1.Satz: „ im Honorarausgleichsfond werden Rundungsdifferenzen und geringfügige Beträge gebucht sowie nicht realisierbare Forderungen, Gutschriften oder Belastungen. Diese werden teilweise in einer sehr großen zeitlichen Differenz angefordert bzw. gutgeschrieben, da sie über dieses Konto abgewickelt werden müssen.“

Quelle 2, S. 34 unten unter „b – Honorarausgleichsfond“: 3.Satz: „ die Prüfstelle empfiehlt, das Konto regelmäßig erfolgswirksam auszugleichen, da es zweifelhaft ist, ob es sich bei dieser Verbindlichkeit tatsächlich noch um Zahlungsverpflichtungen handelt“.

Frage: Wo ist geregelt, dass es dieses Konto gibt und wie es gehandhabt wird? Bitte um Aushändigung entsprechender Unterlagen und Vorschriften sowie Kontounterlagen, um die Abläufe prüfen zu können.

„c: Honorarverteilungen Kürzungen“

Quelle 3, S.35 oben zu c: Honorarverteilungen aus Kürzungen:

Zitat: „auf diesem Konto werden die Honorarkürzungen aus Prüfverfahren und KFO-Untersuchungen verbucht bzw. gesammelt und später der zu verteilenden Gesamtvergütung zugeführt. Die Kürzungen aus dem Vorjahr wurden nicht komplett der Gesamtvergütung im Berichtsjahr zugeführt, so dass die Verbindlichkeiten stark anstiegen. Die Prüfstelle empfiehlt eine zeitnähere Zuführung bzw. einen regelmäßigen Ausgleich des Kontos.“

Unsere Frage lautet daher: Warum ist das Konto innerhalb von zwei Jahren von 1.866.594,62€ auf 6.589.596,94€ gestiegen? Warum wurden diese Gelder nicht verteilt oder gibt es eine andere Erklärung? Wirken sich allgemeine Verfahrensregeln oder der HVM entsprechend aus? Der RPA bittet daher um Unterlagen zur Handhabung dieses Kontos und um detaillierte Darlegung des Verlaufs.

„e: WSR-Verrechnungskonto“

Quelle 4, S.34, Punkt 10.23 e;

Dem RPA ist bekannt, daß das Konto wegen der bekannten BSG Urteile im Jahr 2006 auf Null gesetzt und der Betrag einem anderen Konto zugeführt wurde. Laut Angaben der KZV Berlin für den Prüfbericht 2006 an den damaligen Prüfer wurde mit den Mitgliedern und den Krankenkassen ein Vergleich hinsichtlich Abrechnung „Wurzelspitzen“ geschlossen. Nach Abschluß aller Zahlungen verblieb eine Restverbindlichkeit an Krankenkassen in Höhe von 616.393,72€. Der Betrag sollte laut Empfehlung im Jahr 2006 in das Konto Honorarverteilung aus Kürzungen gebucht und somit der Honorarverteilung zugeführt werden.

Die Frage lautet daher, ist so verfahren worden? Da es sich eigentlich – wie im Prüfbericht beschrieben – um eine Verbindlichkeit an Krankenkassen handelt, ist der Vorgang unverständlich.

„i: Budgetausgleichskonten“

Quelle 5, S.35, unten: Zitat: „Eine endgültige Gesamtbetrachtung für 2006 ist ergangen. Eine Verrechnung oder Verteilung steht noch aus.“

Die Frage lautet daher, warum wurde das Honorar noch nicht verteilt?

Stichwort „Vorstandsprotokolle“:

Die Einsichtnahme in die Vorstandsprotokolle ergibt sich aus dem Prüfauftrag für den RPA unter Wahrung des Datenschutzes. Die Einsichtnahme wurde dem RPA für den letzten Prüfzeitraum gewährt und war damals für die Prüfung relevant.

Anwesend: Dr. Dohmeier -de Haan, Dr. Gerstenberger, Dr. Jakobczyk, Dr. Kluthke. Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

Dieser Antrag vom 15.07.2009 wurde durch den Vorsitzenden des Hauptausschusses Herrn Kollegen Dr. H. Schleithoff am 16.08.2009 folgendermaßen beantwortet:

Ihr Schreiben vom 15.07.2009

Sehr geehrte Frau Dr. Jacobczyk, sehr geehrte Kollegen,
in Ihrem Schreiben vom 15.07.2009 baten Sie mich um die Vermittlung der Einsichtnahme in den Kontenverlauf der im Prüfbericht der KZBV auf Seite 34 unter Punkt 10.23 aufgeführten Konten mit den Buchstaben „b“, „c“, „e“ und „j“. Außerdem baten Sie mich um Vermittlung der Einsichtnahme in die diesbezüglichen Vorstandsprotokolle.

Aufgrund der Urlaubszeit konnte erst am Freitag, den 14. August ein Termin in der KZV vereinbart werden, um Einsicht in die genannten Konten zu nehmen.

Die Konten wurden sämtlich vorgelegt und die Geschäftsführerin der KZV, Frau Pache, stand jederzeit bereit, aufkommende Fragen zu beantworten.

Die Ansicht des Rechnungsprüfungsausschusses, dass es zu seiner originären Tätigkeit gehört, den Bereich der ordnungsgemäßen Verteilung der Gesamtvergütung zu prüfen, teile ich nicht.

Die Verteilung der Gesamtvergütung ist die eigentliche Aufgabe der KZV und ihres Vorstandes sowie der sie kontrollierenden Vertreterversammlung. Die Rahmenbedingungen werden durch Gesetze und Verordnungen sowie den Entscheidungen der Vertreterversammlung geschaffen. Die Verteilung der Gesamtvergütung beruht auf Verwaltungshandeln. Sie unterliegt somit nicht der Willkür, sondern erfolgt nach vorgegebenen Parametern, die durch interne Gegenkontrollen gesichert sind. Nicht zuletzt zeigt sich durch fehlende Widersprüche gegen die Höhe der Honorarberechnungen deren Akzeptanz in der Kollegenschaft. Darüber hinaus bleibt jederzeit die Möglichkeit der internen oder gerichtlichen Bereinigung von Unklarheiten. Alle anderen KZVen verfahren in gleicher Weise.

Zu Quelle 1 und 2, Honorarausgleichsfond:

Das Konto „Honorarausgleichsfonds“ weist in 2007 eine Summe von 389.487,56 aus. Die entstandene Summe ergibt sich - wie aus dem Prüfbericht zu ersehen - über Jahre ansteigend

Es handelt sich bei den zahlreichen Buchungen überwiegend um Geringfügigkeitsgrenzen von unter € 10,00. Die Geringfügigkeitsgrenzen sind innerhalb der Kassenverbände oder auch im Fremdkassenbereich mit der KZBV unterschiedlich geregelt und diese Gelder müssen nicht an die Kassen zurückgezahlt werden. Diese Kleinstbeträge, die bei der KZV verbleiben, werden auf dieses Konto gebucht und ergeben im Laufe der Jahre diesen Betrag. Der vergleichsweise geringe Betrag steht der KZV als Haben zur Verfügung. Er ist somit keineswegs ungenutzt, sondern sinnvoll, um die dauerhafte Kreditlinie (und damit Sollzinsen) zu verringern. Er sollte nicht in die Gesamtvergütung überführt werden. Nach Auskunft der Geschäftsführerin, Frau Pache, ist der Kontenrahmen der KZV Berlin Bestandteil der Richtlinien über die Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen nach § 75 Abs. 7 Nr. 3 SGB V, in Verbindung zu der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV). Jeder KZV obliegt es, innerhalb der vorgeschriebenen Kontenklasse "5000", der Honorarverteilung, Konten nach Bedarf einzurichten und zu gliedern. Sowohl im SGB V als auch in der SVHV sind somit die Grundlagen für die Kontoführung gelegt. Intern ist zudem geregelt, dass dieses Verrechnungskonto mit diesem Inhalt geführt wird.

Zu Quelle 3, Honorarverteilungen Kürzungen

Das Konto „Honorarverteilungen Kürzungen“ beinhaltet Beträge aus Prüfverfahren und KFO-Untersuchungen, die zunächst bei der KZV verbleiben. Es ist dabei möglich, dass Rechtsstreitigkeiten diesen Betrag mindern können. Ein Sicherheitseinbehalt von dieser Summe muss also in jedem Fall für entsprechende Gerichtsentscheide verbleiben, solange diese angestrengt werden können. Der erhebliche Anstieg dieses Kontos ergibt sich nicht etwa durch einen übermäßigen Anstieg der Prüfungsausschusstätigkeit. Dieser Anstieg ergibt sich durch die Umbuchung von Geldern aus anderen Konten (Krankenkassenkonten). Diese Gelder sind seit dem Jahr 1999 bei der KZV mit jedem Jahr steigend verblieben. Sie belaufen sich inzwischen auf über 2,5 Millionen Euro. Wesentlich ist, dass diese Gelder nicht oder noch nicht endgültig der KZV zugerechnet werden können. Eine Überführung in die Verteilung verbietet sich bis zur endgültigen Klärung des Verbleibs bei der KZV. Unter welchen Kautelen dann gegebenenfalls eine Verteilung erfolgen könnte oder auch ein Verbleib bei der KZV sinnvoll wäre, bleibt eine Entscheidung des Vorstandes in Zusammenarbeit mit der Vertreterversammlung. Bis dahin soll dieser nicht unerhebliche Betrag die Kreditlinie der KZV mindern und kommt so, durch verminderte Solizinsen der KZV, allen Kolleginnen und Kollegen zugute.

Quelle 4 , WSR-Verrechnungskonto

Der Prüfbericht spricht von einer „Verbindlichkeit an Krankenkassen“. Dies ist unzutreffend. Die Angelegenheit „WSR“ konnte zu Gunsten der KZV abgeschlossen werden. Die Frage ob so, wie angekündigt, verfahren worden ist, kann mit „ja“ beantwortet werden. Das Guthaben aus dieser Angelegenheit ist der Verteilung zugeführt worden

Quelle 5 , Budgetausgleichskonten

Der Budgetausgleich beinhaltet die Jahre 2006 und 2007.

Das Geschäftsjahr 2007 endet als Budgetjahr erst im März 2008 mit der Abrechnung für das vierte Quartal 2007 und kann haushälterisch erst Juni 2008 abgeschlossen werden. Tatsächlich erfolgt die Verteilung des vergleichsweise geringen Betrages von 2006 zusammen mit der anteiligen Auszahlung der Kürzungsstufen Ende Oktober 2009.

Eine Einsicht in die Vorstandsprotokolle durch den Rechnungsprüfungsausschuss konnte nicht vermittelt werden.

Mit der Einsicht in die Unterlagen konnten alle vom Prüfungsausschuss aufgeworfenen Fragen aus meiner Sicht geklärt werden. Die Konten enthalten vor allem in den „Honorarkonten Kürzungen“ individuelle Daten.

Ich hoffe, durch den Versuch der Beantwortung der gestellten Fragen die zeitweise sehr angespannte Situation entspannen zu können. Sollte der Rechnungsprüfungsausschuss dennoch die persönliche Einsichtnahme für

erforderlich halten, so sollte gemäß Rechnungsprüfungsausschussordnung die Vertreterversammlung darüber entscheiden.

Am 27. August 2009 stellte der Rechnungsprüfungsausschuss der KZV Berlin an den Vorsitzenden des Hauptausschusses der KZV Berlin Herrn Dr. Heiner Schleithoff folgende Rückfragen:

Sehr geehrter Herr Kollege Schleithoff,

die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses haben in der RPA-Sitzung am 26.08.2009 Ihr Schreiben vom 16.08. 2009 besprochen. Hierzu ergeben sich Rückfragen. Bitte nennen Sie uns im Detail die Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen der Vertreterversammlung, Grundlagen des Verwaltungshandens, vorgegebenen Parameter und internen Gegenkontrollen, die nach Ihrer Ansicht eine Prüfung des Zahlungsflusses der Honorare der Kollegen durch den RPA ausschließen. Fehlende Widersprüche und Verfahrensweisen in anderen KZVen sind ein interessanter Hinweis, können aber nicht die Grundlage der Tätigkeit des RPA der KZV Berlin sein.

Zu Quelle 1 und 2 Honorarausgleichsfond:

Bitte um Konkretisierung der Formulierungen „überwiegend“, „vergleichsweise geringe Betrag“, „im Laufe der Jahre“. (Genaue Beträge und Zeitabläufe)
Bitte um Darlegung und Nachweis, wann und von wem die interne Regelung getroffen wurde, dass dieses Verrechnungskonto mit diesem Inhalt geführt wird.

Zu Quelle 3 Honorarverteilungen Kürzungen

Bitte um nachvollziehbaren Nachweis auf welcher gesetzlichen Grundlage die Prüfverfahren und sich daraus ergebenden Zahlungen, sowie die spätere Verteilung der Honorare durchgeführt werden.

Bitte um Darlegung von Höhe und Verlauf der „Umbuchungen von Geldern aus anderen Konten“ seit 1999.

Bitte um Spezifizierung der Beträge der Gelder die nicht oder noch nicht endgültig der KZV zugerechnet werden können.

Bitte um Benennung der getroffenen „Kautelen“.

Zu Quelle 4 WSR-Verrechnungskonto

Mit welchen Krankenkassen erfolgte in diesem Zusammenhang ein Vergleich und wie wurden die Verrechnungen vorgenommen?

Zu Quelle 5 Budgetausgleichskonten

Warum und auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt die Abrechnung des Jahres 2006 erst im Oktober 2009 ?

Warum bzw. woran scheiterte Ihr Vermittlungsversuch zur Einsicht in die Vorstandsprotokolle?

Aufgrund des engen Zeitrahmens bitten wir um zeitnahe Beantwortung unserer Nachfragen .

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dieses Schreiben blieb unbeantwortet.

In der Sitzung der Vertreterversammlung der KZV Berlin vom 16.11.2009 stellte der RPA gemäß der Rechnungsprüfungsordnung folgende Anträge:

Antrag 1

Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) bittet die VV gemäß § 4 Absatz 4 der Rechnungsprüfungsordnung um Zustimmung zur Einsichtnahme in den Kontenverlauf der im Prüfbericht der KZBV auf Seite 34 unter Punkt 10.23 aufgeführten Konten mit den Buchstaben „b“, „c“, „e“ und „i“.

Der 1. Antrag wird bei

14 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen und

2 Enthaltungen

abgelehnt.

Antrag 2

Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) bittet die VV gemäß § 4 Absatz 4 der Rechnungsprüfungsordnung um Zustimmung zur Einsichtnahme in die Vorstandsprotokolle.

Der Datenschutz würde dabei gewahrt.

Der 2. Antrag wird bei

11 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen und

4 Enthaltungen

abgelehnt.

(Ein Vertreter ist zurzeit der Abstimmung nicht im Saal anwesend.)

Fragen, die in der Sitzung des RPA am 2.11.2009 mit dem Vorstand und dem Hauptausschuss geklärt werden konnten

In der gemeinsamen Sitzung des Vorstands mit dem RPA und dem Hauptausschuss, die am 02.11. 2009 stattfand, konnten viele offene Fragen geklärt werden. Der RPA gab Hinweise, die vom Vorstand für die Verfahren der Geschäftsführung in den kommenden Jahren angewendet werden sollen:

Dazu gehört :

- Referatsentschädigungen zu überarbeiten

Es gibt Referatsbereiche, die nicht mit dem pauschal vergüteten Mittwochvormittag auskommen. Eine weitere Abrechnung über Sitzungsgeld hält der RPA nicht für sinnvoll.

- Der Vorstand gab die Zusage, ab sofort keine Pauschalabrechnung der Geschenk – und Bewirtungskosten mehr vorzunehmen.

Zur Vermeidung der seit dem Rechnungsjahr 2007 entstandenen Intransparenz bei der Abrechnung der Bewirtungskosten, werden in Zukunft wieder die Originalbelege zur Abrechnung gegeben.

- Eine Rückzahlung / Einzahlung über € 86.000 konnte geklärt werden – siehe Anlage.

- Ausschussarbeit (fiktive Personal- und Sachkosten)

Prüfbericht der KZBV, S. 39, Die hier aufgeführten Personal- und Sachkosten sind fiktiv angenommen. Der RPA empfiehlt, künftig auf die Berechnung zu verzichten oder diese für alle Gremien anzusetzen.

- Inkassotätigkeit

KZV Berlin erhält von der DKV eine Art Bearbeitungsgebühr in Höhe von 3% des vom Kollegen eingezogenen Betrages. Es handelt sich um Gutschriften für die Inkassotätigkeit der Beiträge des Gruppenversicherungsvertrages.